LANDESHAUPTSTADT

WIESBADEN

Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 3. Juli 2025

Antrags-Nr. 25-F-16-0004

Friedenstüchtiges Wiesbaden
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 22.05.2025 -

Deutschland verfügt über etwa 600 Stück Taurus-Marschflugkörper ("Taurus"), davon sind etwa 300 Stück als „einsatzfähig" bezeichnet worden.

Der Taurus kann feindliches Radar mit hoher Geschwindigkeit - schätzungsweise 1100 Kilometer in der Stunde – in weniger als 50 Meter Höhe unterfliegen. "Taurus" ist sehr schwer zu bekämpfen oder auch nur elektronisch zu stören, denn das System fliegt mit gleich vier voneinander unabhängigen Navigationssystemen.

Am 4. März 2025 bedrohte Putins Vertrauter Wladimir Solowjow Deutschland für den Fall der Lieferung von Taurus mit der „Tilgung vom Erdboden“. Auch der Kreml reagierte auch auf Merz‘ Äußerung den Taurus zu liefern. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, Merz‘ Maßnahmen würden zu einer „neuen Eskalation“ führen.

Seit dem Taurus-Abhörfall-Skandal 19. Februar 2024 zwischen ranghohen deutschen Offizieren, macht Herr Merz sich zu eigen, dass Taurus an die Ukraine geliefert werden soll. Sogar Angriffsziele definiert Merz: Die Krim-Brücke und weitere ...

Ein Taurus Marschflugkörper kostet je nach Berechnung und Quelle 950.000 Euro bis 3,5 Millionen Euro. Merz will Hunderte davon an die Ukraine liefern. Die Taurus-Marschflugkörper werden von Taurus Systems GmbH produziert, einem Joint Venture zwischen MBDA Deutschland (67%) und Saab Dynamics AB (33%). MBDA ist Teil des europäischen Rüstungskonzerns Airbus, BAE Systems. Saab ist ein schwedisches Unternehmen. Die Investoren von MBDA Deutschland und Saab sind BlackRock und Vanguard. Merz war Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland.

Taurus-Marschflugkörper haben eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern. Damit können Ziele tief in Russland getroffen werden, was dann eine direkte Eskalation mit Moskau ist.

Für den effektiven Einsatz des Taurus ist eine komplexe Zielprogrammierung notwendig. Das kann nur mit deutschem Fachpersonal oder Unterstützung vor Ort erfolgen – was einem proaktiven Kriegseintritt Deutschlands mit Russland gleichkommt.

Die Ukraine hat bereits britische Storm Shadow- und französische SCALP-Raketen erhalten, die ähnliche Funktionen erfüllen wie der Taurus.

Der Taurus ist Teil der strategischen Bewaffnung der Bundeswehr und teuer sowie schwer nachzubeschaffen.

Eine Atommacht wie Russland kann nicht besiegt werden, auch nicht mit dem Taurus. Ein atomare Eskalation gilt es abzuwenden.

Wiesbaden ist besonders gefährdetes Angriffsziel wegen der Beteiligung der Koordinierung von Militäreinsätze durch das neue und vergrößerte NATO-Hauptquartier (Europa/Ukraine) sowie dem amerikanischen Europa Militär-Hauptquartier in Wiesbaden. Dies geht mittlerweile aus mehreren

unabhängigen Quellen hervor beispielsweise aus einem Artikel der New York Times von Ende März 2025.

Auch ranghohe Persönlichkeiten thematisieren dies zunehmend. Beispielsweise: Der ehemalige ukrainische Oberbefehlshaber und heutige Botschafter in Großbritannien, Walerij Saluschnyj, hat bestätigt, dass ukrainische Militäreinsätze im Krieg gegen Russland in enger Abstimmung mit den USA geplant wurden - und zwar in Wiesbaden. Laut Saluschnyj wurden dort Operationen konzipiert, Kriegssimulationen durchgeführt und konkrete Bedarfe der ukrainischen Streitkräfte ermittelt. Diese Informationen seien direkt an Washington und europäische Hauptstädte weitergeleitet worden. Saluschnyj schrieb wörtlich, Wiesbaden sei zur "Geheimwaffe für unsere Partner und mich geworden", um Operationen und ihre Durchführung zu planen.

Die Bevölkerung von Wiesbaden erwartet eine klare Positionierung der Kommunalpolitik in dieser Frage.
In einem möglichen Kriegsfall mit Nuklearwaffen ist Wiesbaden Erstschlagziel und damit extrem gefährdet.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich gegen die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern an die Ukraine aus.

Beschluss Nr. 0149

Die Dringlichkeit wird abgelehnt.

Beschluss Nr. 0226

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11.09.2025 verschoben.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2025

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .07.2025

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

In Vertretung
Christiane Hinninger
Bürgermeisterin